

Behauptung: Die SPD ist mitverantwortlich für die Krise an den Finanzmärkten

Richtig ist:

Die Maßnahmen der rot-grünen Bundesregierung waren immer durch Begleitmaßnahmen zur Regulierung flankiert – auch wenn diese manchmal nicht weit genug gingen:

- Wir haben 2004 die Aufsicht und den Anlegerschutz für nicht in Wertpapieren verbriefte Anlageformen des sog. „grauen Kapitalmarktes“ durch Einführung einer generellen Prospektpflicht und Einführung einer Schadenersatzpflicht deutlich verbessert.
- Mit der Schaffung nur einer einzigen Aufsichtsbehörde – der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) haben wir 2002 die zersplitterten Aufsichtsbehörden zu einer schlagkräftigeren „Allfinanzaufsicht“ für das Versicherung-, Banken- und Wertpapierwesen zusammengeführt.
- Die Zulassung von Hedge-Fonds 2004 musste zur Umsetzung von EU-Richtlinien erfolgen, stärkte jedoch auch den Verbraucherschutz: Der private Anleger konnte nunmehr über beaufsichtigte Dachfonds Anteile an Hedgefonds erwerben statt lediglich wie zuvor unregulierte Hedgefonds-Zertifikate. Wir haben einen ausdrücklichen Warnhinweis durchgesetzt, der dem potenziellen privaten Anleger deutlich macht, dass er bis zu 100% seines eingesetzten Vermögens verlieren kann. Mit dem Verbot von Leerverkäufen – die Spekulation mit Wertpapieren, die man gar nicht besitzt - das wir damals schon wollten, konnten wir uns im Bundesrat gegenüber der Union nicht durchsetzen
- Bei den Verbriefungen, welche maßgeblich zum Ausbruch der Finanzkrise beigetragen hatten, haben wir 2003 für deutsche Verbriefungen Grenzen eingezogen: Im Unterschied zu Verbriefungen in anderen Ländern unterliegen verbrieft Kredite in Deutschland den gleichen Regeln (Mindestanforderungen Kredit) in der Kreditvergabe wie nichtverbrieft Kredite. Die verbriefende Bank bleibt weiterhin verantwortlich in der Kreditbearbeitung. Das war schwarz-gelb ein Dorn im Auge: Noch 2005 hat Angela Merkel und die Union in einer kleinen Anfrage im Bundestag ausgeführt: „Hintergrund für diese ... insgesamt nicht befriedigende Entwicklung [im Verbriefungs-markt] dürften auch die rechtlichen Rahmenbedingungen sein“ – für die rot-grün Grenzen festgelegt hatte!
- Mit dem Risikobegrenzungsgesetz (2008) haben wir Kreditnehmer besser geschützt durch verpflichtende Informationen über die Abtretbarkeit und Kündigungsmöglichkeiten von Krediten. Ebenso wurden die Informationsrechte von Betriebsräten nichtbörsennotierter Unternehmen deutlich verbessert.

Peer Steinbrück, Juli 2009:

„Ja, auch wir sind Irrtümern und Fehleinschätzungen erlegen. Das ist richtig. Wir mussten Politik unter einem neoliberalen Zeitgeist machen. Dennoch: Wir haben viel früher als andere die Risiken eines ungezügelt Finanzkapitalismus erkannt. Wir haben unsere Vorschläge auf internationalem Parkett eingebracht. Ich denke nur an die G7-Präsidentschaft Deutschlands 2007, als ich mit dem Vorhaben einer stärkeren Regulierung der Hedge-Fonds noch am Widerstand vor allem der Briten gescheitert bin [...] Immerhin werden jetzt Unterschiede deutlich: zwischen denen, die nur Erklärungen unterschreiben, und denen, die konsequent an einer Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft und für eine nachhaltige Weltwirtschaft arbeiten.“

Die Erfolge sind sichtbar. Die SPD hat bereits:

- Klare Regeln für Managergehälter durchgesetzt

- Mit dem Risikobegrenzungs-gesetz den Schutz von Kreditnehmern gegen den Verkauf ihrer Darlehen verbessert
- Gegen den Widerstand von schwarz-gelb ein Gesetz zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung beschlossen
- Für mehr Transparenz bei der Bilanzierung von Banken gesorgt
- Die Eingriffsbefugnisse der Aufsicht weiter gestärkt – diese kann nun effektiver und flexibler reagieren
- Auf europäischer Ebene einen Vorschlag zur Regulierung von Hedge-Fonds und Private Equity sowie klarere Regeln für Finanzinstitute durchgesetzt –für neue Regeln auf den Finanzmärkten!